

Signatur:	2019.SR.000258
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Bernadette Häfliger
Mitunterzeichnende:	Bettina Stüssi, Szabolcs Mihalyi, Timur Akçasaray, Laura Binz, Ayse Turgul, Edith Siegenthaler, Fuat Köcer, Johannes Wartenweiler, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lisa Witzig, Peter Marbet, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Sorg
Einrechiedatum:	12. September 2019

Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern; Prüfungsbericht

In der Stadtratssitzung vom 18. Januar 2024 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt. Der Stadtrat hat am 12. Juni 2025 eine Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfberichts bis 31. Januar 2026 genehmigt:

Digitale Transformation bedeutet viel mehr als nur eine technologische Entwicklung. Es handelt sich dabei um einen gesellschaftlichen Megatrend, der einen weitreichenden sozialen, ökonomischen, politischen und technologischen Wandel antreibt. Im Moment bestehen noch viele Unsicherheiten, und die Diskussion ist durch unterschiedliche Szenarien geprägt. Die zunehmende Durchdringung der digitalen Technologien beeinflusst neben der Arbeitswelt auch das gesellschaftliche und soziale Leben der Menschen. Es wird ein nachhaltiger Strukturwandel erwartet, der kaum einen Bereich des öffentlichen und privaten Lebens unberührt lassen wird. Die technologische Entwicklung legt nahe, dass die Produktivität gesteigert werden kann und dadurch Effizienzgewinne resultieren. Insbesondere die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, ein flächendeckender Internetzugang und eine gute Infrastruktur für den Datenverkehr werden als entscheidende wirtschaftliche Erfolgsfaktoren genannt¹. Mit dieser Entwicklung einhergehend werden Fragen des Datenschutzes und der persönlichen Freiheit des/der Einzelnen neu diskutiert und verhandelt werden müssen. Die Stadt Bern wird im Rahmen ihres Service Public Auftrags neue Aufgaben zu übernehmen haben, um einen chancengleichen Zugang aller Bürger/innen zu digitalen Infrastrukturen aber auch zur gesellschaftlichen Teilhabe gewährleisten zu können. Die öffentliche Hand wird vermehrt Anreize zur Investitionsbereitschaft schaffen und digitale Innovation fördern müssen. Zudem gilt es bei städtischen Dienstleistungen und im politischen Prozess zu berücksichtigen, dass ein Teil der Bevölkerung nicht smart unterwegs ist.

Unternehmen aber auch Arbeitnehmende werden ortsunabhängiger und global tätig sein, was eine neue Finanz- und Steuerpolitik bedingt. Neuen Arbeitsformen (z.B. Crowdworking, Freelancer/innen) führen zu einer grösseren wirtschaftlichen Instabilität. Insbesondere im Rahmen des Übergangs kann die digitale Transformation neben Fachkräftemangel zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit führen insbesondere bei weniger qualifizierten und älteren Arbeitskräften, aber auch bei Arbeitnehmenden, die in der Sachbearbeitung oder Verwaltung tätig sind. Ein Szenarium geht da-von aus, dass eine grosse Masse von Arbeitslosen und prekarisiert Beschäftigten einer Elite von hochqualifizierten Digitalisierungsspezialist/innen gegenüberstehen wird. Diese Spaltung der Gesellschaft bietet soziale Sprengkraft und wird die Stadt Bern vor ganz neue Herausforderungen stellen. Zudem dürfte diese Entwicklung erhöhte Sozialausgaben nach sich ziehen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, aufzuzeigen bzw. zu prüfen:

¹ siehe dazu die Empfehlungen des Rats für Raumordnung.

1. Auf welchen Szenarien der Gemeinderat seine mittel- und langfristige Planung aufbaut und wie hoch nach dem gewählten Szenario der Bevölkerungsanteil ist, der von negativen Folgen der digitalen Transformation betroffen sein könnte.
2. Welche sozial- und finanz-/steuerpolitische sowie gesellschaftliche Konsequenzen dies für die Stadt Bern bedeuten wird.
3. Welche Auswirkungen das vermutete soziale Auseinanderdriften der Bevölkerung auf die Stadt Bern haben wird und welche politischen Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.
4. Welche Infrastrukturmassnahmen ergriffen werden müssen, um allen Bürger/innen der Stadt Bern einen chancengleichen Zugang zu Digitalisierungsinfrastrukturen zu garantieren und wie die Stadt Bern mit der Tatsache umgehen wird, dass nicht alle Bürger/innen smart unterwegs sein werden.

Bericht des Gemeinderats

Die digitale Transformation prägt Gesellschaft, Wirtschaft und Staat tiefgreifend. Sie geht weit über eine rein technologische Entwicklung hinaus und wirkt als gesellschaftlicher Megatrend, der Arbeitsformen, Kommunikationsweisen, politische Prozesse und den Zugang zu Dienstleistungen nachhaltig verändert. Für die Stadt Bern eröffnet diese Entwicklung neue Chancen für Effizienz, Innovation und Teilhabe, bringt aber zugleich Risiken und Unsicherheiten mit sich, die aktiv bewirtschaftet werden müssen.

Digitalisierung erleichtert den Zugang zu Informationen, Bildung und öffentlichen Leistungen und kann damit Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe fördern. Gleichzeitig ist sie kein Selbstläufer: Ohne geeignete politische, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen besteht die Gefahr, dass bestehende soziale Ungleichheiten verstärkt werden. Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit, der Verlässlichkeit von Informationen sowie der sozialen Auswirkungen stehen daher im Zentrum der Diskussionen.

Die digitale Transformation ist somit nicht nur eine technologische, sondern vor allem eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie erfordert eine vorausschauende Politik, die Innovation ermöglicht und gleichzeitig den Schutz der Bevölkerung sowie den sozialen Zusammenhalt sicherstellt. Der Gemeinderat verfolgt dabei das Ziel, Offenheit und Sicherheit, Effizienz und Teilhabe sowie individuelle Freiheit und kollektive Verantwortung in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

Zu Punkt 1:

Zusammenfassend geht der Gemeinderat davon aus, dass die digitale Transformation den Arbeitsmarkt und das gesellschaftliche Leben nachhaltig verändert, ohne dass derzeit belastbare Prognosen über deren mittel- und langfristige Auswirkungen auf lokaler Ebene möglich sind. Die Planung der Stadt Bern stützt sich daher nicht auf ein einzelnes Szenario, sondern auf eine flexible und anpassungsfähige strategische Ausrichtung.

Die Digitalisierung wirkt sich auf unterschiedlichen Ebenen auf die Gesellschaft und auf den Arbeitsmarkt aus. Ihr Einfluss auf die Beschäftigung hängt dabei einerseits von der Entwicklung des Arbeitsmarktes und andererseits von Faktoren wie dem Fachkräftebedarf und dem Bildungssystem ab. Im Bericht des Bundesrats vom 9. Dezember 2022 zu den «Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt – Monitoring 2022» wird erläutert, dass der Schweizer Arbeitsmarkt auch in den letzten Jahren trotz Veränderung der Berufe und Tätigkeiten eine hohe Anpassungsfähigkeit bewies

und die Herausforderungen der Digitalisierung erfolgreich bewältigen konnte.² In der Schweiz gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Digitalisierung zu einer höheren Arbeitslosigkeit führt. Die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft ist nach wie vor besonders hoch.

Digitale Technologien erfordern jedoch zunehmend höher qualifizierte Arbeitskräfte. Dies ist Herausforderung und Chance zugleich: Während höhere Abschlüsse bessere Löhne und Beschäftigungsaussichten bieten, werden Routinearbeiten, insbesondere in Fabriken und der Verwaltung, zunehmend automatisiert.³ Auch Arbeitnehmer*innen ohne Hochschulabschluss benötigen heute Fähigkeiten, die sie befähigen, einem digitalisierten Arbeitsmarkt zu bestehen.⁴ Zudem kann die Künstliche Intelligenz insbesondere Einstiegspositionen verdrängen.⁵ Das Bildungssystem im Allgemeinen – und die berufliche Aus- und Weiterbildung im Besonderen – trägt daher eine grosse Verantwortung für die Vorbereitung derjenigen, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Digitale Kompetenzen werden unerlässlich.

Diese Entwicklungen zeigen sich auch in der Stadt Bern. Die lokale Wirtschaft ist stark von der öffentlichen Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Dienstleistungen geprägt. Laut einer Studie vom McKinsey Global Institute (MGI) können diese Sektoren besonders stark von Automatisierung betroffen sein.⁶ Dass die Automatisierung und Digitalisierung nicht nur Niedrigqualifizierte, sondern zunehmend auch Personen mit wissenschaftlicher Ausbildung betrifft, lässt sich an mehreren Entwicklungen erkennen: Das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) berichtet, dass immer weniger niedrigqualifizierte Personen in Branchen wie die Industrie oder öffentliche Verwaltung vermittelt werden können und daher verstärkt Umschulungen in Bereiche wie die Küche, Reinigung und Velowerkstatt erfolgen.⁷ Gleichzeitig ist laut dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Bern 2024⁸ die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolvent*innen deutlich gestiegen – ein Hinweis darauf, dass auch höherqualifizierte Tätigkeiten von der Automatisierung und dem Strukturwandel erfasst werden.

Dem Gemeinderat liegen keine spezifischen Studien vor, welche die mittel- und langfristigen Auswirkungen der digitalen Transformation für die Stadt Bern wissenschaftlich untersucht haben. Daher lassen sich Prognosen nur mit grosser Vorsicht treffen, was eine zuverlässige mittel- und langfristige Planung in Bezug auf den Arbeitsplatz Bern erschwert. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 20–30 % der Bevölkerung aufgrund mangelnder digitaler Grundkompetenzen potenziell stärker von digitaler Spaltung betroffen sein könnten, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen, Zugang zu digitalen Dienstleistungen und gesellschaftliche Teilhabe.⁹

² [Bericht des Bundesrats vom 9. Dezember 2022 zu den «Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt – Monitoring 2022»](#)

³ Gschwendt, C. Routine job dynamics in the Swiss labor market. *Swiss J Economics Statistics* 158, 24 (2022). <https://doi.org/10.1186/s41937-022-00103-6>

⁴ <https://kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/kof-bulletin/kof-bulletin/2022/09/wie-die-digitalisierung-den-schweizer-arbeitsmarkt-umkrempelt.html>

⁵ <https://www.tagesanzeiger.ch/ai-im-job-ersetzt-die-ki-berufseinstieger-in-der-schweiz-380448252695>

⁶ *Agents, robots, and us: Skill partnerships in the age of AI* – McKinsey Global Institute 2025. <https://www.mckinsey.com/mgi/our-research/agents-robots-and-us-skill-partnerships-in-the-age-of-ai>

⁷ <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/sozialamt/kompetenzzentrum-arbeit/angebote/angebote-fuer-sozialhilferechtigte-erwachsene/dokumente-qualifizierung/Broschuere%20Qualifizierungsprogramme%20KA%202025.pdf/download>

⁸ <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/jb-2021-2030/download-jb-2021-2030/jahrbuch-2024i.pdf>, S. 105.

⁹ <https://www.adis.ch/de/grundlagen/digitale-kompetenzen-69.html>, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/haushalte-bevoelkerung/digitale-kompetenzen.assetdetail.36251297.html>, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/interactive-publications/digitalisation-2025>

Die dynamische Entwicklung digitaler Technologien und die unterschiedlichen Zugänge der Bevölkerung zu diesen Neuerungen machen eine flexible Planung erforderlich, damit die Stadt Bern jederzeit auf veränderte Bedürfnisse reagieren, digitale Teilhabe fördern und soziale Ungleichheiten abfedern kann. Der Gemeinderat begegnet diesen Herausforderungen durch die Erarbeitung und kontinuierliche Anpassung von Strategien, durch die laufende Aktualisierung des Budgets und des Finanz- und Aufgabenplans sowie durch die Initiierung neuer Projekte, die den Herausforderungen der Verwaltung, der Wirtschaft und der Bevölkerung Rechnung tragen. Zudem verfügt der Gemeinderat über weitere Planungsinstrumente zur mittel- und langfristigen Planung seiner Massnahmen. In Bezug auf die digitale Transformation ist die Mittelfristige Investitionsplanung (MIP) von grosser Bedeutung. Im Bereich Informatik sind für das Jahr 2026 Investitionen von rund 13,3 Mio. Franken geplant.

Grossen Handlungsspielraum und Verantwortung hat der Gemeinderat als Arbeitgeberin. In Bezug auf die Auswirkungen der digitalen Transformation auf die Arbeitgeberin Stadt Bern wurden bereits zahlreiche Massnahmen umgesetzt, die im Bericht zum Postulat 2019.SR.000259 (Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP): Die Stadt Bern als attraktive Arbeitgeberin in der digitalen Transformation) umfassend erläutert wurden. Die Personalstrategie gibt zudem vor, dass sich die Mitarbeitenden der Stadt Bern weiterbilden und fit für den Arbeitsmarkt bleiben. Gemäss Art. 17b Abs. 2 Personalreglement der Stadt Bern (PRB) kann Mitarbeitenden der Stadt Bern zudem nur aus sachlichen Gründen gekündigt werden. Sachliche Gründe sind a) ungenügende Leistung oder Verhalten, b) fehlende Bereitschaft zur Verrichtung der zugewiesenen Arbeit oder c) fehlende Eignung. Die Automatisierung stellt daher keinen Kündigungsgrund dar.

Nebst der städtischen Verwaltung sind auch weitere Verwaltungsangestellte in der Stadt Bern von den Entwicklungen der digitalen Transformation in ihren Arbeitsbereichen betroffen. Hier kann der Gemeinderat allerdings nur wenig Einfluss nehmen. Wie in den Legislaturschwerpunkten 2025–2028 ausgeführt, erarbeitet die Stadt Bern eine neue Wirtschaftsstrategie, um Bern als dynamischen Wirtschafts- und Bildungsstandort gezielt weiterzuentwickeln.

Die Digitale Transformation führt nicht nur zu einer Veränderung des Arbeitsmarktes, sondern auch zu einem verbesserten Zugang von Dienstleistungen, von welchem insbesondere digital-affine Bürger*innen profitieren.¹⁰ Nicht alle Menschen verfügen über die notwendigen Kompetenzen beziehungsweise gleichberechtigten Zugang zu den neuen Technologien haben, was zu einer digitalen Spaltung führt. Dabei spielen neben soziodemografischen Merkmalen (zum Beispiel Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen) auch persönliche Faktoren (zum Beispiel Gesundheit, Einstellung zu Technologien, Ängste im Zusammenhang mit der Nutzung von IKT) eine Rolle, aber auch Umweltfaktoren wie die IKT-Infrastruktur und der Wohlstandsstatus der Region prägen diese digitale Kluft. Zu jener Gruppe, die weniger Zugang zu den neusten Technologien hat, gehören weiterhin ältere Personen. Viele ältere Menschen fühlen sich unsicher im Umgang mit neuen Technologien oder haben Schwierigkeiten, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Dies erfordert niederschwellige Bildungsangebote, barrierefreie Schnittstellen und die aktive Einbindung der Zielgruppen in die Entwicklung von Anwendungen.¹¹

Zu Punkt 2:

Die fortschreitende Digitalisierung wird für eine Stadt wie Bern in mehrfacher Hinsicht weitreichende Konsequenzen haben. Sozialpolitisch eröffnet sie einerseits neue Chancen für Teilhabe, Inklusion und Chancengerechtigkeit, erfordert aber gleichzeitig gezielte Förderung digitaler Kompetenzen, um niemanden auszuschliessen. Digitale Dienstleistungen erleichtern den Zugang zu Informationen, Bil-

¹⁰ <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=92132>

¹¹ <https://www.prosenectute.ch/de/fachwelt/publikationen/studien/digital-seniors-2025.html>

dungsangeboten und Unterstützung und ermöglichen mehr Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft oder Mobilität am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Eine sozial nachhaltige Digitalisierung muss deshalb besonders jene Bevölkerungsgruppen im Blick behalten, die Gefahr laufen, im Wandel zurückzubleiben.

Finanz- und steuerpolitisch können Effizienzgewinne erzielt werden, die Verwaltung entlasten und langfristig Kosten senken. Gleichzeitig erfordert der digitale Ausbau substanzielle Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit, Fachpersonal und Weiterbildungen. Hinzu kommen neue Aufgaben wie Datenschutz, die Gewährleistung stabiler Systeme oder die Anpassung von Regulierungen. Strukturelle Verschiebungen in der Wirtschaft — etwa veränderte Wertschöpfungsketten, neue Geschäftsmodelle oder Veränderungen im stationären Handel — können mittel- bis langfristig Auswirkungen auf das Steueraufkommen, die Planungssicherheit und die finanzpolitische Steuerung einer Stadt haben.

Gesellschaftlich wird die Digitalisierung den urbanen Raum weiter transformieren. Sie verändert Kommunikationsformen, Arbeits- und Mobilitätsmuster, das Freizeitverhalten und die Erwartungen an staatliche Leistungen. Eine digital vernetzte Stadt kann neue Gemeinschaftsformen, effizientere Abläufe und innovative Lösungen für Energie, Verkehr, Gesundheit und Kultur hervorbringen. Gleichzeitig entstehen Fragen nach sozialem Zusammenhalt, digitaler Verantwortung, Transparenz und demokratischer Teilhabe. Die Gestaltung des digitalen Raums wird damit ebenso wichtig wie die Gestaltung des physischen Raums: Beide prägen die Lebensqualität der Bevölkerung und das Vertrauen in die öffentliche Hand.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat versteht die digitale Transformation als langfristigen Gestaltungsprozess. Die Digitalstrategie der Stadt Bern definiert strategische Stoßrichtungen und Leitprinzipien, die als regulatorische Leitplanken dienen und eine kontinuierliche Anpassung an neue Entwicklungen ermöglichen. Dies kann sich in gestiegener sozialer Segregation in Quartieren, ungleicher Partizipation an städtischen Entscheidungsprozessen und eingeschränkter Nutzung von städtischen Dienstleistungen niederschlagen. Ein solches Auseinanderdriften kann sich räumlich, sozial und politisch manifestieren, etwa durch unterschiedliche Nutzung städtischer Dienstleistungen, geringere Beteiligung an politischen Prozessen oder eine verstärkte soziale Segregation.

Studien zeigen, dass digitale Teilhabe eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist und dass Vertrauen sowie Nutzerfreundlichkeit entscheidend für die Akzeptanz digitaler Angebote sind.¹² Um diesen Risiken zu begegnen, verfolgt die Stadt Bern eine integrierte Digitalstrategie, die auf vier zentralen Handlungsfeldern basiert. Im Bereich Menschen schafft die Stadt Rahmenbedingungen, um die Bevölkerung in ihrer Vielfalt anzusprechen und aktiv im digitalen Wandel zu begleiten. Ziel ist es, die digitale Spaltung zu reduzieren und allen Bürger*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Im Bereich Kultur wird eine Lern- und Experimentierkultur gefördert, die Mitarbeitende befähigt, Herausforderungen der Digitalisierung offen anzugehen, Erfahrungen zu sammeln und ihre Kompetenzen kontinuierlich auszubauen. Die Organisation der Verwaltung wird so weiterentwickelt, dass mit den vorhandenen Ressourcen ein maximaler Nutzen erzielt wird, wobei sowohl der horizontale Austausch mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften als auch der vertikale Dialog mit Kantons- und Bundesstellen gefördert wird. Schliesslich bildet der Bereich Technologie eine zentrale Grundlage: Eine moderne und sichere digitale Infrastruktur er-

¹² Seifert, A., Charness, N. Digital transformation of everyday lives of older Swiss adults: use of and attitudes toward current and future digital services. *Eur J Ageing* 19, 729–739 (2022). <https://doi.org/10.1007/s10433-021-00677-9>; <https://www.deloitte.com/ch/de/Industries/government-public/research/study-digital-government.html>

möglich es, städtische Dienstleistungen effizient, ressourcenschonend und bedürfnisorientiert zu erbringen.

Die Umsetzung dieser Strategie orientiert sich an den fünf Leitprinzipien: Bedürfnisorientierung, Interoperabilität, Lernkultur, digitales Primat und Data Excellence. Durch diese integrierte Vorgehensweise kann die Stadt Bern die sozialen Risiken der digitalen Transformation gezielt abfedern: Digitale Kompetenzen werden breit gefördert, der Zugang zu digitalen Diensten erleichtert und die soziale Kohäsion gestärkt.

Die Umsetzung der Digitalstrategie wird aktiv durch das Digitalportfolio der Stadt Bern unterstützt. Es bündelt die laufenden und geplanten digitalen Projekte und sorgt dafür, dass die Ressourcen für die digitale Transformation gezielt eingesetzt werden.

Konkret können politische Massnahmen wie gezielte Schulungs- und Weiterbildungsprogramme für benachteiligte Gruppen, barrierefreie E-Government-Dienste, mehrsprachige Informationsangebote sowie kontinuierliches Monitoring der Teilhabe umgesetzt werden. So wird die digitale Transformation nicht nur als technologische Herausforderung, sondern als Chance für alle Bürger*innen genutzt. Dabei bedeutet das digitale Primat nicht, dass analoge Schalterdienste vollständig verschwinden, sondern dass sie bedarfsgerecht reduziert und gezielt für jene Gruppen erhalten bleiben, die darauf angewiesen sind.

Zu Punkt 4:

Der Gemeinderat unterscheidet bei der Sicherstellung eines chancengleichen Zugangs zur Digitalisierung zwischen der Bereitstellung der Infrastruktur und der Befähigung der Bevölkerung zu deren Nutzung. Grundlage bildet ein flächendeckender, leistungsfähiger Internetzugang. Das Glasfasernetz von Energie Wasser Bern wird kontinuierlich ausgebaut mit dem Ziel, bis 2025 das gesamte Stadtgebiet zu erschliessen.¹³

Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Hard- und Software: Leistungsfähige Endgeräte mit zeitgemässer Funktionalität bilden die Grundlage dafür, dass Menschen, ihren Lebensalltag digital weiterentwickeln und eigene Beiträge zur Digitalisierung des Zusammenlebens in der Stadt Bern zu leisten können. Die Volksschulen sind ein zentraler Ort zur Steuerung dieses Zugangs zu Digitalisierungs-Infrastruktur. Im Rahmen zweier Beschaffungsprojekte stellt die Stadt Bern allen Schüler*innen neue Tablets und Laptops bereit und rüstet die Schulen mit neuen Multifunktionsgeräten aus. Auf diese Weise wird digitales Lernen und Gestalten für die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund ermöglicht. Es ist zudem mit Multiplikationseffekten zu rechnen, da die Schulkinder ihr Wissen an ihre Familien weitergeben können.

Die Stadt Bern schafft nicht nur digitale Basisinfrastruktur für die breite Bevölkerung, sondern betreibt auch eigene digitale Plattformen für ihre öffentlichen Angebote (z. B. die städtische Webseite oder künftig das BernPortal). Dabei steht die inklusive Gestaltung der zunehmend digitalisierten Dienstleistungen der Stadt Bern im Fokus.

Wo immer möglich – bei Hardware und Software – stellt die Stadt inklusive Lösungen bereit. Dies bedeutet, dass Produkte auf die Bedürfnisse verschiedener Nutzer*innengruppen abgestimmt sein müssen, z. B. für Menschen mit Behinderungen, mit Migrationsgeschichte, für verschiedene Geschlechter und Generationen.

¹³ www.ewb.ch/angebot/kommunikation/berner-glasfasernetz/das-berner-glasfasernetz.php

Die Stadt Bern wendet anerkannte Standards an, die auf digitale Produkte anwendbar sind (z. B. die international anerkannten Web Content Accessibility Guidelines WCAG). Nicht immer sind entsprechende Produkte am Markt verfügbar und Nutzungsbedürfnisse können sich widersprechen. Für solche Fälle müssen die Anwendungen entweder individuell konfigurierbar sein oder alternative Zugänge zur gleichen Leistung bieten. Ein Beispiel dafür ist die Kombination von Chatbot und separatem FAQ auf der Website von Entsorgung + Recycling Bern. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, an den Schulen bestimmte Laptop-Typen und technische Hilfsmittel bei Bedarf individuell zu bestellen.

In den vergangenen zwei Jahren hat die Stadt Bern Kriterien und Instrumente für die standardisierte und systematische Prüfung digitaler Inklusion entwickelt und begonnen, sie in den Digitalportfolio-Prozess zu integrieren. Diese Entwicklungsarbeit wird fortgesetzt mit dem Ziel, die Digitale Inklusion in der Stadt Bern weiter zu stärken.

Strukturelle Massnahmen sind ein zentraler Hebel, um die Teilhabe der Bevölkerung an der digitalen Transformation zu gewährleisten. Darüber hinaus lässt sich auch die individuelle Handlungsfähigkeit stärken: Zielgruppenspezifische Angebote fördern die digitalen Kompetenzen der Menschen. Die Stadt Bern nutzt beide Ansätze, um die Zugänglichkeit zur digitalen Welt zu verbessern: Sie schafft passende strukturelle Rahmenbedingungen und befähigt die Bevölkerung, sich sicher im digitalen Umfeld zu bewegen. Digitale Teilhabe bedeutet aber nicht nur, allen Menschen den Anschluss an ein zunehmend digitalisiertes Lebensumfeld zu garantieren. Vielmehr lassen sich digitale Lösungen gezielt zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe einsetzen – auch in der analogen Welt (z. B. wenn ältere Menschen dank digitaler Dienstleistungen länger zuhause leben können). Beides – die Teilhabe «an» und die Teilhabe «mittels» Digitalität – ist für die Massnahmen der Stadt Bern relevant.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Das Postulat hat keine unmittelbaren Folgen; diese bestehen bei den einzelnen Digitalvorhaben und werden jeweils in deren Zusammenhang aufgezeigt.

Bern, 28. Januar 2026

Der Gemeinderat